

mittendrin

Ausgabe 12 / 2015 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

100 Prozent Mieterhöhung für Sozialmieter im Wedding?

Nachbesserung des Wohnraumversorgungsgesetzes gefordert

Sozialmieter aus der Koloniestraße im Wedding demonstrierten vor der Berliner SPD-Zentrale in der Müllerstraße, während im Parlament die Abgeordneten das neue Wohnraumversorgungsgesetz diskutierten.

Statt sechs Euro kalt sollen 157 Sozialmieter der Koloniestraße ab Dezember zwölf Euro pro Quadratmeter zahlen, die so genannte Kostenmiete im sozialen Wohnungsbau. Die Wohnanlage gehört zu den 28 000 Wohnungen, für die der Senat nach Ablauf der 15-jährigen Mietsubventionen keine Anschlussförderung mehr zahlt. Die Vermieter dürfen deshalb die volle Kostenmiete verlangen, egal, ob ihnen diese Kosten auch selbst entstanden sind. Die Wohnanlage in der Koloniestraße z.B. soll der neue Eigentümer nur zu einem Drittel der Baukosten erworben haben.

Deshalb fordern die Mieter eine Nachbesserung des Wohnraumversorgungsgesetzes,

das ab Januar gelten soll: Bei der Berechnung der Mieten im Sozialen Wohnungsbau sollen nur die Kosten veranschlagt werden, die dem Vermieter tatsächlich entstanden sind.

Denn das Risiko ist hoch, dass sie nun durch den Mietwucher ihre Wohnungen verlieren. Im neuen Wohnraumversorgungsgesetz sind die Mietzuschüsse im Sozialbau nämlich auf 2,50 Euro pro Quadratmeter begrenzt. Damit müssten diese Mieter eine Mieterhöhung von 3,50 Euro/qm selber zahlen; die meisten würde das überfordern.



Hände weg vom Wedding!

Dem Einwand von Staatssekretär Lütke Daldrup vom 3. November, die Mieterhöhung gelte wegen eines rückwirkenden Bescheides des Bezirksamts nicht, wurde von Stadtrat von Dassel widersprochen: Dieser Bescheid

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

Große Mehrheit will den öffentlichen Raum für alle

So das Abschlussforum der "Stadtdebatte Berliner Mitte". Klar ist: Der Freiraum zwischen Fernsehturm und Spree soll bleiben! Nur eine Minderheit will mehr Hochhäuser, mehr Shopping, noch mehr Büros. Carola Bluhm, MdA der LINKEN, weiß, was zu tun ist.

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

Anisa will dort sein, wo sie etwas bewegen kann

Sie ist die Tochter einer Polin und eines Inders, geboren in Schöneberg, aufgewachsen im Wedding, Abitur in Baden-Württemberg, Jurastudium in Berlin, Fachgebiet Mietrecht, und nun Mitglied der LINKEN. Matthias Herold erkundete ihre Ideen und Pläne.

Fortsetzung auf Seite 4 ▷

Schon weihnachtet es heftig auf Jahreszeitmärkten

Das kann ja kaum einer übersehen. Aber Irene Runge erkennt bei ihren Spaziergängen auch Signale und Zeichen, die wohl nicht jeder bemerkt, obwohl doch gerade sie das Besondere unserer liebenswerten, wachen und weltoffenen Metropole charakterisieren.

Fortsetzung auf Seite 6 ▷

+++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ weitersagen +++ weitersagen +++

Die besten Wünsche zum Jahreswechsel

Allen Genossinnen und Genossen, allen Sympathisantinnen und Sympathisanten, allen Leserinnen und Lesern der „mittendrin“ wünschen wir eine ruhige und erholsame Weihnachtszeit, einen angenehmen Jahreswechsel und uns allen ein erfolgreiches Jahr 2016!

Bezirksvorstand, BVV-Fraktion, Redaktion der „mittendrin“

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 240 09-336, Fax -337
Mo. bis Mi. 9-16.30 Uhr,
Do. bis 19 Uhr

Aus der BVV

Ruhiger Herbst?

Schnell ging es diesmal, die gesamte Tagesordnung konnte behandelt werden und die Sitzung endete bereits vor 23 Uhr, was sonst nur selten der Fall ist.

Dies lag nicht nur an einer veränderten Geschäftsordnung, die fortan weniger Zeit für die Beantwortung von Anfragen der Verordneten an das Bezirksamt vorsieht. Auch fehlten diesmal schlicht die „ganz großen“ Themen.

Ruhiger Herbst also? Könnte man meinen, stimmt aber natürlich nicht ganz. Gleich zu Beginn gedachte die BVV in einer Schweigeminute der Opfer von Paris ... und manche im Stillen auch jener von Beirut, die in der offiziellen Ansprache leider vergessen wurden. Auch zu Ehren von Helmut Schmidt wurde eine Gedenkminute eingelegt. Ansonsten war diese BVV-Tagung aber thematisch breit gefächert. Das Dauerthema Flüchtlinge, welches derzeit alle anderen mehr oder weniger überlagert und auch im Bezirksamt enorme Ressourcen bindet, fehlte dabei freilich nicht. Aktueller Hintergrund: Kürzlich wurde eine Sporthalle für die Flüchtlingsunterbringung beschlagnahmt, was den dort ansässigen Verein zu einem Schreiben an Bezirksamt und BVV veranlasste. Man fühle sich zu kurzfristig informiert und es fehlen nun natürlich die Zeiten fürs Training. Sportstadträtin Smentek und Bezirksbürgermeister Dr. Hanke (beide SPD)

verwiesen auf die schwierige Gesamtsituation und darauf, dass eine solche Lösung ja eigentlich „von keiner Seite gewollt“ sei. Mitte komme in Sachen

Hallenbeschlagnahme im Vergleich zu anderen Bezirken aber noch ganz gut weg, so der Bezirksbürgermeister. Frage: Wie wäre es denn beispielsweise mit der Nutzung des Hauses der Statistik? Dort sind zwar derzeit die Fenster raus, aber die könnte man ja wieder einsetzen ...

Was gab es noch? Der überdimensionierte Gastronomiebaumarkt Hamberger in der Siemensstraße, eine mögliche Übertragung des Mauerpark-Grundstücks an den Nachbarbezirk Pankow und die Frage, ob es auch dieses Jahr wieder einen Chanukka-Leuchter vor dem Brandenburger Tor geben würde, waren weitere Themen dieser Sitzung. Als Linksfraktion wollten wir unter anderem wissen, wieviel zusätzliches Personal der Bezirk nun eigentlich erhalten soll und auf welche Bereiche und bis wann diese Stellen dann verteilt werden sollen. Bereits im ersten Halbjahr hatte die sogenannte AG Wachsende Stadt auf Landesebene für 2016 eine Aufstockung beschlossen, verbindliche Zusagen des Senats fehlen aber bisher. Wie notwendig dieses



Ergebnisse der BVV

► Mündliche Anfragen:

Anbringung eines Straßenschildes zur Benennung des Uferbereiches zwischen Anna-Louisa-Karsch-Straße und Karl-Liebknecht-Straße in Vera-Brittann-Ufer (Drs. 2386/IV) wird schriftlich beantwortet

► Große Anfragen:

Mehr Personal im Bezirksamt – wann und wo? (Drs. 2345/IV) wird schriftlich beantwortet

Umsetzung der Sonderprogramme im Bezirk Mitte (Drs. 2351/IV) wird schriftlich beantwortet

KompetenzPLUS – aktueller Stand im Bezirksamt Mitte (Drs. 2359/IV) wird schriftlich beantwortet

► Anträge:

Transparenz bei Sonderprogrammen (Drs. 2356/IV) überwiesen in den Hauptausschuss

zusätzliche Personal ist, weiß jeder, der in letzter Zeit mal versucht hat, einen Termin im Bürgeramt zu bekommen. Und dann noch das: Schnute ist gestorben. Bei der Obduktion hat man ausgekugelte Hüftgelenkte festgestellt, die Bärin muss also Schmerzen gehabt haben und Tierschützer wollen nun ein Denkmal im Köllnischen Park. Ausgestopft werden wie Eisbär Knut soll sie aber nicht. Nein, definitiv kein ruhiger Herbst. **Falko Loeff**

Historische Mitte Berlins bewahren

Die Friedrichswerdersche Kirche in Berlins historischer Mitte wird durch Bauarbeiten für neue Luxuswohnungen in ihrer Substanz akut bedroht.

In direkter Nachbarschaft zu Schinkels herausragendem Baudenkmal plant die Immobilienfirma Frankonia Eurobau AG ein Edelquartier mit Luxusapartments für bis zu 20.000 Euro pro Quadratmeter. Bereits 2012 verursachten Bauarbeiten für das nur 5 Meter westlich der Kirchenmauer gelegene Luxusprojekt „Kronprinzengärten“ erhebliche Schäden an der tragenden Struktur der Kirche. Seitdem ist der Kirchenbau geschlossen: Einsturzgefahr.

Die erneuten Bauarbeiten auf der Ostseite des erst 2001 aufwendig sanierten Kirchenbaus drohen das Bauwerk nun gänzlich zu zerstören. Weder der Bezirk Mitte noch der Senat haben seit der zwangsweisen Schließung der Kirche Maßnahmen ergriffen, um die Fehler des ersten Bauprojekts (z.B. mehrgeschossige Tiefgaragen)

nicht zu wiederholen. Die Kirche als Eigentümer hat nun öffentlich Alarm geschlagen und lehnt die Unterzeichnung einer Nachbarschaftsvereinbarung mit dem Bauherrn ab.

Der Umgang der Berliner Bauverwaltung mit einzigartigen Baudenkmalen in der historischen Mitte der Stadt ist skandalös. Die nach Plänen des preußischen Hofbaumeisters Karl Friedrich Schinkel 1831 errichtete Kirche gilt als architekturgeschichtliche Ikone. Sie ist Identitätspunkt der Berlinerinnen und Berliner und Anziehungspunkt für zahlreiche Besucherinnen und Besucher der Stadt. Die zwar am historischen Stadtgrundriss orientierte, aber deutlich überhöhte Umbauung mit 2,5-fachem Bauvolumen tilgt die Kirche endgültig aus dem Stadtbild. Gleichzeitig werben die Immobilienunternehmen mit der historischen Stadtsilhouette, die vom exklusiven Swimming Pool auf dem Dach zu überblicken sein wird.

Die historische Mitte Berlins wird derzeit kräftig umgegraben. Auch andere denkmalgeschützte Bauten sind durch Baumaßnahmen gefährdet. Dazu zählen Pläne für eine neue Siemens-Repräsentanz im historischen Magnus-Haus am Kupfergraben, der vom Bund erwogene Abriss des denkmalgeschützten Gebäudes Unter den Linden 62-64 und der Umbau des Altarraums der St. Hedwigs Kathedrale.

Die Fraktion der Linken im Abgeordnetenhaus fordert deshalb in zwei aktuellen Anträgen

Sofortmaßnahmen von Senat und Bezirk Mitte zum Schutz und zur Wiederherstellung der Friedrichswerderschen Kirche und einen regelmäßigen **Bericht des Senats** zu Bauvorhaben an und im Umfeld von Denkmälern im Bereich der Baugestaltungsverordnung „Historisches Zentrum“. **Katrin Lompscher**

Der Tiger ist gesprungen ...

... und darf nicht als Bettvorleger landen.

Am 28. November fand das Abschlussforum statt und damit hat eine lange und gute „Stadtdebatte Berliner Mitte“ ihr vorläufiges Ende gefunden. Viele Menschen haben sich in die Diskussion über den Freiraum zwischen Fernsehturm und Spree, Karl-Liebknecht-Straße und Rathausstraße eingebracht. Deutlich geworden ist, dass eine sehr große Mehrheit einen öffentlichen Raum für alle – also Freiraum im allerbesten Wortsinn befürwortet. Und dass nur eine Minderheit für Verdichtung, Hochhäuser, noch mehr Shopping, noch mehr Büro- und stattdessen weniger Freifläche plädiert.

Na dann ist ja alles klar, könnte man sagen. Parlament und Senat sind nun angehalten, die hart erarbeitete Willensbekundung im Sinne der Bürgerinnen und Bürger umzusetzen. So einfach allerdings ist es nicht. Die Antwort auf eine schriftliche Anfrage, die ich gemeinsam

mit meiner Fraktionskollegin Katrin Lompscher an den Senat gestellt habe, ließ vermuten, dass am Ende möglicherweise Entscheidungen gegen den mehrheitlichen Willen getroffen werden.

Im Frühjahr 2016 werden die Bürgerleitlinien der „Stadtdebatte Berliner Mitte“ dem Abgeordnetenhaus vorgelegt, das dann über das weitere Vorgehen entscheiden wird. Genau dann wird es dringend notwendig sein, dass die engagierten Bürger_innen den Abgeordneten eines klarmachen: Wir fordern

Die Linke – Fraktion in der BVV
Mitte von Berlin

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden **an jedem Montag, Mittwoch und Donnerstag von 15 bis 17 Uhr**

im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon: 901 82 45 65

kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de

hinschauen werden, ob ihr Tun und ihre Willensbekundung am Ende auch respektiert werden. Die Antwort der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt auf unse-



Großer Andrang bei der Bürgerdebatte

Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE, mit **Rechtsanwalt André Roesener**

- **an jedem ersten Mittwoch des Monats** von 17 bis 19 Uhr im **Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“** der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin und
- **an jedem dritten Mittwoch des Monats** im **Kreativhaus**, Fischerinsel 3, 10179 Berlin

Jeden Mittwoch im Monat

kostenlose Beratung zu **Sozialrecht (Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht** durch die Rechtsanwältinnen **Nina Jenny Soest** und **Christian Wisch** von 17 bis 19 Uhr (keine Anmeldung erforderlich) im **LinksTreff**, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28 70 57 51

Jeden 4. Mittwoch im Monat

von 14 bis 16 Uhr

kostenlose Mieterberatung

im **Karl-Liebknecht-Haus**, Raum 523, Kleine Alexanderstraße 28, 10178

und erwarten, dass die Vorstellungen der Mehrheit umgesetzt werden! Und dann erst oder besser, erst ab dann wird sich entscheiden, wie ernst es der Landespolitik wirklich mit diesem Beteiligungsverfahren war. Ob es als Beruhigungsspiel und Befriedung gedacht war – unter dem Motto „Wenn der Bürger sich ausgetobt hat, wird er danach schon Ruhe geben“ – oder ob die Ergebnisse des Dialogverfahrens respektiert werden und Niederschlag im weiteren städtebaulichen Handeln der Entscheider finden.

Mich haben die Vielfalt der Diskussionen, die Offenheit der Stadtdebatte und deren Qualität ermutigt. Und deshalb bin ich auch optimistisch, dass die Menschen sehr genau

re schriftliche Anfrage lässt vermuten, dass dieser Respekt nicht so einfach zu haben sein wird. Sie enthält ziemlich viele Hintertürchen. Eine ist so groß, dass ein ganzer Kollhoff'scher Masterplan durchpassen würde. Mit unserem im November eingebrachten Änderungsantrag zu unserem Antrag „Dialogprozess Berliner Mitte transparent und verbindlich gestalten“ (Drucksache 17/2193 auf www.linksfraktion-berlin.de) zielen wir darauf, Verbindlichkeit gegenüber den Bürger_innen herzustellen und haben bereits erste Erfolge erzielt, denn entgegen früherer Vorstellungen soll nun doch transparent ausgewiesen werden, was Minderheiten- und was Mehrheitsposition ist.

Carola Bluhm

Fortsetzung von Seite 1: **100 Prozent Mieterhöhung für Sozialmieter im Wedding?**

sei bei zu erwartender Klage des Vermieters höchstwahrscheinlich „schwebend unwirksam“. Und das bedeutet für die Mieter, dass sie der Mieterhöhung vorerst eben doch entsprechen müssen, auch wenn sie dagegen klagen. „Trotz Klage müssen sie die drastische Erhöhung zahlen. Das kann sich keiner von

ihnen leisten. Geraten sie in Zahlungsverzug, kann der Vermieter ihnen die Wohnung kündigen“, sagt Reiner Wild, Chef des Berliner Mietervereins.

Bei der Kundgebung vor der SPD-Zentrale waren Sprechchöre wie „Her mit der sozialen Stadt!“ zu hören. Und bei der zur selben

Zeit im Abgeordnetenhaus stattfindenden Diskussion zum Wohnraumversorgungsgesetz warf Katrin Lompscher der Koalition vor, sich mit einem Gesetz zu schmücken, das von den Intentionen des Bündnisses Mietenvolksentscheid weit entfernt sei.

Rainer Scholz

Menschen in Mitte**Anisa Fliegner:****Mit Piraten-Erfahrungen und viel Enthusiasmus**

„Dort will ich sein, wo man etwas bewegen kann“, ist die Maxime von Anisa Fliegner. „Regt euch nicht nur über Probleme und Versäumnisse auf“, schreibt die 40-jährige Rechtsanwältin im Internet. „Tut etwas dagegen, seid konstruktiv!“

Die brünette, braunäugige Tochter eines Inders und einer Polin ist in Schöneberg geboren, im Wedding aufgewachsen, hat in Baden-Württemberg ihr Abitur gemacht und dann an der Berliner FU Jura studiert. Ihr Fachgebiet Mietrecht übt sie in einer Steglitzer Kanzlei aus. „Aber da gehöre ich eigentlich nicht hin, weil ich dort die Hauseigentümer vertreten soll“, erklärt sie offen, fühlt sich schlecht, wenn Mieter die Verlierer sind.

Eine Veränderung der Lebensumstände sieht Anisa Fliegner in einer tatkräftigen Mitwirkung in der Politik. „2011 versuchte ich es bei den Piraten“, blickt sie zurück, „war Mitglied des Berliner Landesvorstandes. Mit unserer Offensive in der Netzpolitik haben wir gegen Überwachung, für Transparenz und Bürgerbeteiligung Druck aufgebaut und vor allem erreicht, dass auch die anderen Parteien reagieren mussten, sich endlich etwas bewegte.“ Zum Bedauern der Mutter von zwei Töchtern kippte die Stimmung bei den Piraten. Konservative Kräfte kamen zunehmend ans Ruder. Anisa beklagt die fehlende Kommunikationskultur. Zu verschiedenen Anlässen traf sie auf Mitglieder der Partei DIE LINKE. „Bei Diskussionsforen und Aussprachen spürte ich immer mehr, dass deren Positionen auch die meinigen sind. Seit einem Jahr bin ich deren Mitstreiterin.“

Ziel Berliner Abgeordnetenhaus

Anisa Fliegner brachte ihre mannigfaltigen Erfahrungen, vor allem im Internet, und viel Enthusiasmus mit. Schon ist sie Sprecherin der Basisorganisation MittLinks junger Genossen über 35, aber auch der Bundesarbeitsgemeinschaft Netzpolitik, Mitglied der Landes-AG sowie der Kommission, die einen Programmentwurf für die Abgeordnetenhauswahl 2016 erarbeitet. „Unsere Partei muss



immer mehr und stärker die fortschreitende Digitalisierung verinnerlichen“, ist ihre Forderung. Sie erwartet den Aufbau von Netzpolitik-AGen deutschlandweit in allen Bundesländern. „Wir wollen zur Verteidigung der Bürgerrechte keine Überwachung, sondern die volle Freiheit für das Netz. Ein erster Flyer dokumentiert Erreichtes und das viele noch Mögliche“, informiert die in Moabit mit ihrer Familie wohnende stets Fröhlichkeit ausstrahlende Powerfrau.

„Ich möchte meine Partei DIE LINKE vorwärts bringen, sie dafür im Berliner Abgeordnetenhaus vertreten“, sagt sie selbstbewusst. „Gern im Rechtsausschuss, im Verbraucherschutz und in der Netzpolitik, um konsequent für unsere Ideen zu streiten.“ Ihr Ehemann, ein Diplom-Soziologe, steht fest an Anisas Seite, auch im Haushalt, bei der Erziehung der Kinder, schenkt ihr Zeit für viel Engagement in der Politik. Wir wünschen ihr Erfolg, aber auch weiter Spaß daran!

Matthias Herold**Bei anderen gelesen**► **Aufnahme von Flüchtlingen**

Unsere Demokratie und Freiheit sind ein zu kostbares Gut, als dass wir sie hysterisch den geplanten Aktionen von Terroristen opfern, um sie ihnen ebenso bereitwillig wie panisch vor die Füße zu werfen.

Zeitlich begrenzte Maßnahmen – ja – aber nicht gleich so gut wie unumkehrbare Gesetzesmaßnahmen, die um einer fragilen und dennoch unsicheren Sicherheit willen uns Freiheit und unsere demokratischen Rechte – und vor allem unsere Menschlichkeit – nehmen.

„taz“, November 2015

► **Gegen den Mainstream**

Die zeitgenössische Linke kämpft gegen einen unsichtbaren Feind. Das ist das Gefährliche am Neoliberalismus: seine Unsichtbarkeit, Jobs, Schulen, Behörden, Krankenhäuser, Universitäten, alles wird dem Gesetz der Ökonomie unterworfen. Überall definiert man staatliche, gesellschaftliche, individuelle Aufgaben als Problem, die man einer optimalen Lösung zuführen muss. Es zählen nur Werte, die sich messen lassen. Governance ersetzt Politik.

„Der Freitag“, 05.11.2015

► **Statt Krieg und gnadenlose Vergeltung mehr Demokratie und Humanität**

„Nicht Rache, Rückschlag und Vergeltung. Noch mehr Demokratie und Humanität. Und das nach einem Angriff auf Demokratie und Humanität.“ Diese Worte von Stoltenberg 2011 blieben im Gedächtnis, aber ohne Wirkung. Der französische Präsident zog es vor, nach dem Anschlag der Terroristen in Paris von Krieg und gnadenloser Vergeltung zu sprechen und damit den Sieg der Attentäter zu besiegeln. Man kann einen Feind nicht bekämpfen, wenn man ihm ähnlich wird. Das ist das Problem mit dem Krieg gegen den Terrorismus. Wer ihn führt, hat schon verloren. Die einzige Waffe gegen den Hass ist die Versöhnung. Mit Naivität hat das nichts zu tun. Im Gegenteil.

„Der Freitag“, 22.11.2015

► **Europäische Wertegemeinschaft – Leben statt Reden**

Die „Wertegemeinschaft“ ist zum Kampfbegriff geworden. Politiker, Funktionäre, Bischöfe beschwören jetzt wieder „unsere Werte“. Statt einen diffusen Begriff zu erhöhen, ist es besser, ganz normal den schnöden Alltag zu leben mit all seinen Widersprüchen.

„Der Tagesspiegel“, 11.11.2015

Kurznachrichten

► **Ferienwohnungen in Berlin ärgern nicht nur Wohnungssuchende**

In der Hauptstadt werden 6.000 Mietwohnungen als profitable Ferienquartiere betrieben. Das sind die ordentlich gemeldeten. Weil aber Personal zu Kontrollen fehlt, konnten die Behörden erst etwa 1.000 Verstöße nachweisen. Illegal betrieben werden mindestens weitere 17.000 Ferienwohnungen, wie Mittes Bezirksstadtrat Stephan von Dassel (Grüne) herausfand. War anscheinend nicht kompliziert. Man kann nämlich 23.000 Berliner Ferienwohnungen online buchen.

► **Fernbus-Netz wird dichter**

2014 wurden 252 Bus-Linien auf deutschen Straßen befahren. In diesem Jahr sind es 326! 2014 gab es im Durchschnitt täglich 1.050 Fahrten. 2015 liegt die Zahl bei 1.326. Den Löwenanteil behauptet das Unternehmen MeinFernbus FlixBus mit 76 Prozent Marktanteil. Postbus bringt es auf 11 Prozent, die Deutsche Bahn schafft zur Zeit nur 6 Prozent der Fahrkilometer.

► **Steigende Tendenz bei Nichtzahlern - Stromkunden saßen im Düstern**

Im Jahre 2014 haben die Stromversorger 6,3 Millionen Kunden mit der Stromabschaltung gedroht, weil sie säumige Zahler waren. Das schriftliche „Du, Du ...!“ hat bei 95 Prozent der Bummelanten geholfen: nur bei 352.000 wurde tatsächlich das Licht ausgemacht. Aber das waren schon mehr als 2013. Da kam es nur zu 345.000 Abschaltungen, und 2012 waren es mit 320.000 Sperrungen sogar noch weniger.

► **Winnetous Nachlass kam unter den Hammer**

Rund 1.500 Erinnerungsstücke aus dem Nachlass des Winnetou-Darstellers Pierre Brice erbrachten bei einer Auktion mehr als eine halbe Million Euro. Das teuerste Stück war die legendäre „Silberbüchse“. Dafür musste der anonyme Käufer 65.000 Euro hinblättern. Ein Großteil des Erlöses soll an eine soziale Institution gehen.

► **ARD produziert eine historische Charité-Serie**

Sönke Wortmann ist der Regisseur dieser neuen Serie. Die erste Folge wird Vorgänge aus dem Jahr 1888 behandeln. Damals arbeiteten an der Charité so hervorragende Mediziner wie Rudolf Virchow, Emil von Behring und Robert Koch. Die Federführung liegt in den Händen des MDR. Gedreht wird bis Anfang Februar 2016 in Prag und Umgebung. Das Erste hat die Ausstrahlung der sechsteiligen Serie für 2017 vorgesehen.

Ein Juwel der politischen und kulturellen Bildungsarbeit Berlins

Das Jugendtheaterbüro des Vereins „Initiative Grenzen-Los“ inspiriert zahlreiche junge Menschen zu freiem und vor allem kritischem Denken.

Das 2009 gegründete Jugendtheater setzt auf unkonventionelle Methoden, um Jugendlichen soziokulturell und politisch zentrale Problemstellungen näher zu bringen. Durch diese avantgardistische Haltung fördert die

sind genau solche Bausteine unseres Berlins, die vorbehaltlos von den Linken gefördert und unterstützt werden, weil sie freies Denken zur Entfaltung bringen und unweigerlich zu einer konstruktiven Kritik herrschender wirtschaftlicher und politischer Verhältnisse führen. Die Anregung eines kritischen und ideologieunabhängigen Bewusstseins stellt eine wichtige Säule demokratischer und rechtsstaatlicher



Avantgardistische Theatertruppe junger Leute

Theatergruppe die differenziertere Debatte über komplexe gesellschaftspolitische Themen, wie etwa Rassismus und die Diskriminierung jeglicher Minderheiten. Aktuell wird das heikle Thema Gentrifizierung durch das Theaterstück „#GentrifiHÄÄ??? #GentriDichSelbst!!!“ thematisiert. Dabei geht die Inszenierung weit über die deskriptive Ebene des sozioökonomischen Strukturwandels hinaus und beleuchtet gekonnt die multidimensionalen Aspekte der Ursachen von Gentrifizierung. Junge Erwachsene werden durch die pädagogisch wertvolle und raffinierte Inszenierung über die Hintergründe von sozialer Ungleichheit vertraut gemacht. Dadurch wird der Weg für weiterführende Fragen über wirtschaftspolitische Gerechtigkeit für moderne Gesellschaften geebnet. Das Jugendtheater leistet fortwährend hervorragende bildungspolitische Arbeit, die immer mehr zu einem unverzichtbaren Element in der kulturellen Landschaft Berlins wird. Es

Strukturen dar. Das Jugendtheaterbüro leistet hierbei einen wesentlichen Beitrag und wurde zurecht 2015 mit dem Bundespreis Kulturelle Bildung ausgezeichnet. **KBS**

Gedenken anlässlich des 90. Geburtstages von Walter Womacka am 22.12.2015 in Berlin



15 Uhr Enthüllung einer Gedenktafel durch die Wohnungsbau-Gesellschaft Berlin-Mitte und den „Freundeskreis Walter Womacka e.V.“ Wallstraße 90, 10179 Berlin

Das neue Ende ist fast der alte Anfang

Im Dezember geht es um festliche Adventsontage und Weihnachten. In England ruht am 25. Dezember aller öffentlicher Verkehr.

Dabei war Jesu' Geburtstag in der vorangehenden Nacht. Und nach jüdischem Ritual wurde acht Tage danach beschnitten. Das erklärt das Neujahrsfest. Doch im jüdischen Kalender spielt beides keine Rolle, dafür wird diesmal das erste Licht an Chanukka am 6. Dezember privat und öffentlich gezündet, und das achte, das letzte am 13. Auch in Berlin feiern übrigens längst nicht alle Muslime am 22. Dezember den „Maulid an-Nabi“, den Geburtstag des Propheten, und wenn, dann entsprechend ihrer Herkunft, Region, Rechtsschule usw. Zum Festschmaus werden auch Arme eingeladen. Manche finden, das Ereignis erinnere zu sehr an das christliche Weihnachten. Wer solche Bräuche nicht kennt, feiert einfach andere, auch heidnische. Knallend wird das Ende des weltlichen Jahres begangen.

Diesem und dem Weihnachtsfest zu Ehren stehen auf Berliner Plätzen geschmückte Fichten, gern Tannen- oder Christbäume genannt. Schon weihnachtet es heftig auf den Jahreszeitmärkten. Und an markanten Orten der

Stadt hat die jüdische Chabad-Bewegung 19 große Chanukka-Leuchter aufgestellt, davon fünf in der Mitte Berlins, um auch an dieses Fest zu erinnern. 10 Meter hoch ist der am Brandenburger Tor. Das Licht ist dazu da, auch geistige Finsternis zu erhellen. Auch hinter der „Galeria“ am Alexanderplatz werden öffentlich am 12. Dezember um 20 Uhr sieben von acht Lichtern gezündet.

Allgegenwärtiger ist allerdings die Weihnachtsleuchtkraft, sind die Heerscharen rotgoldener Schokoladenweihnachtsmänner, die gekauft und verzehrt werden wollen, genauso wie Engel, Sterne, Dominosteine, Dresdner Stollen, Marzipan und Glühwein. Der Duft von Weihnachtsgebäck umgibt die Schneeglöcklein. Ohne zur Jahreszeit zu passen, verkaufen sich auch Teller mit Jagdmotiven, wirbt Mittes Einzelhandel für neuen Kinderkram und fette Weihnachtsgänse, die ebenfalls der familiären Eintracht dienen sollen.

Kaum sind die gewichtigen Tage vorbei, rasen Radfahrer wieder klingelnd über Bürgersteige in der Torstraße, schaffen nur Eilige das Queren der Kreuzungen bei Grün, wird sich der Winterdreck stauen. Noch fehlt dem Amtsschimmel die Personaldecke, vom Mut



Heerscharen von Weihnachtsmännern

zur neuen Zeit ganz zu schweigen. Zum Jahresende wird viel räsoniert. Wo kommen junge Bettler her? Was wird aus den Flüchtlingen beim LaGeSo? Die dunkle Jahreszeit drückt aufs Gemüt.

Meine Freundin aus Südafrika mailte sommerliche Kuchen-Fotos vom Arkonaplatz-Konditor. Bei 36 Grad im Schatten hat sie Sehnsucht nach dem Berliner Grau und der winterlichen Depression. **Irene Runge**

Trialog zum Nahostkonflikt

Um eine Vernetzung zwischen Israelis, Palästinensern und Deutschen geht es beim regelmäßigen Runden Tisch im Roten Rathaus, initiiert vom Canaan-Project, das sich für eine friedliche Lösung des Nahostkonfliktes einsetzt. „mittendrin“ sprach mit Ina Darmstädter, der Leiterin des Projektes.

Sie vernetzen Initiativen, die sich um eine Veränderung von unten nach oben bemühen, wie z.B. die Organisation Givat Haviva, die „Shared Communities“ zwischen jüdischen und arabischen Gemeinden in Israel aufbaut, so dass diese ihr gemeinsames Lebensumfeld in Kooperation miteinander gestalten.

Eine enge Partnerschaft haben Sie mit dem Parents Circle (Elternkreis), der übergreifend in Israel und Palästina tätig ist und Palästinensern und jüdischen Israelis, die durch den Konflikt nahe Familienangehörige verloren haben, einen Raum zur Aussprache und zum Austausch bietet.

Werden Stimmen von Palästinensern und Israelis gleichermaßen gehört?

Nein. Sobald es um politische Inhalte geht, ist ein moderater jüdischer Analytiker und Kritiker israelischer Politik wie Avi Primor ein willkommenes Gast bis in die höchsten Politikerkreisen. Einen arabischen Kritiker israelischer Politik finden Sie bestenfalls in „Hinterhofveranstaltungen“ vor regelmäßig identischem Publikum. Allerdings sind nicht nur historische Prozesse und äußere Umstände für die Asymmetrie der Repräsentation verantwortlich. Es gibt Sprachbarrieren. Ein Programm des Parents Circle konzentriert sich deshalb auf die Sprachbildung für Frauen im ländlichen Raum in Palästina, um deren Stimme auch international verständlich zu machen.

Welche Erfolge können Sie verbuchen?

Der Verein verbucht heftige materielle Verluste, denn Trialog hat noch keine Förderlandschaft. Wenn ich von Erfolg spreche, meine ich die Gruppe Engagierter, die beharrlich in Kulturstätten, Rathäusern und Bundesminis-

terium um Aufmerksamkeit und finanzielle Unterstützung bittet. Es ist ein Erfolg des Netzwerks, dass im Roten Rathaus regelmäßig Runde Tische stattfinden, die Gründung eines trilateralen Koordinationszentrums in Berlin geplant und umgesetzt wird.

Welche konkreten Forderungen haben Sie an die Politik?

Jede Gemeinde könnte Städte- und Schulpartnerschaften fördern. Die Forderung an die Bundespolitik ist einfach: Bitte spricht eine Einladung an die jeweiligen Regierungschefs Israels und der Palästinensischen Autonomiebehörde aus, dass sie hier in Berlin oder in Brüssel öffentlich über einen Friedensabschluss verhandeln. Deutschland sollte die internationale Gemeinschaft dazu aufrufen, einen Fonds ähnlich der „Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ einzurichten, aus dem Finanzmittel für Vertriebene, Flüchtlinge und andere Opfer des Konflikts bereitgestellt werden.

(Gekürzte Fassung) Das Gespräch für „mittendrin“ führte Claudia Jacob

Die Volksbühne erhalten und stärken!

Unsere Kritik an der Zerstörung mit Ansage die Volksbühne betreffend, gehört auch ins Abgeordnetenhaus, ins Hohe Haus.

Man muss die Volksbühne nicht mögen, sie nicht verstehen. Wenn man aber, wie Tim Renner und Michael Müller, kulturpolitische Verantwortung trägt, muss man um die Bedeutung der Volksbühne wissen, oder sich kundig machen, wenn man sie nicht einschätzen kann.

Es ist mir ein Rätsel, wie die Entscheidung, ab 2016/17 an der Volksbühne alles anders machen zu wollen und den Intendanten Frank Castorf und seine Mitstreiter nach Hause zu schicken, möglich war. Die Stadt braucht diesen Ort der Debatte und Auseinandersetzung und sie muss ihn erhalten und stärken.

Dieses Theater hat es geschafft, so wichtig für viele, gerade junge Menschen zu sein und ein Kristallisationspunkt mit so viel Bindungskraft zu werden. Es ist ein nachgefragter Ort, an dem man seine Fragen einbringen kann. Es ist ein Fehler dieser Regierung, ihn einfach abzuwickeln.

Die Volksbühne hat sich vor keiner Debatte gefürchtet, sich ständig neu erfunden und auch in Frage gestellt. Sie ist bemerkenswert mit Niederlagen umgegangen und mit dieser Haltung hat sie ein besonderes Angebot geschaffen und ist ein sehr wichtiger Identifikationsort geworden.

Die Schließung ist nicht nur falsch, sie verbietet sich gerade in Zeiten der Desintegration, in dem es ganz existentiell um die Flieh- und Bindungskräfte in unsere Gesellschaft geht.



Viele, die Nutzer der Volksbühne, die Akteure selbst, die Intendanten der anderen Häuser, die allermeisten Theaterkritiker, haben mit guten Argumenten versucht, die Stadt vor diesem Fehler zu bewahren. Aber dazu hätten der Kultursenator und sein Staatssekretär sich korrigieren müssen. Das war den beiden (natürlich) nicht möglich.

Michael Müller, der als Regierender Bürgermeister Berlins Kultursenator ist, sagte allen Kritikern, sie müssten Mut zu Neuem haben. Diese Antwort würde ich gern an ihn zurückgeben, damit sich bei der SPD etwas verändert.

Wenn Politik aufhört, auf Argumente zu hören, Fragen zu beantworten oder das eigene Handeln zu reflektieren, dann kann sie nicht mehr produktiv gestalten.

Jetzt hat Michael Müller eine bemerkenswerte Rede im Abgeordnetenhaus gehalten. Er hat viele Akteure in seiner eigenen Regierung hart kritisiert und zum freiwilligen Rückzug aufgefordert. Das ist ungewöhnlich, aber nun muss er auch liefern. Ich bin mehr als skeptisch, was diese eigentlich schon abgewählte Regierung noch zustande bringt.

Carola Bluhm



Berlin braucht dieses Haus der Debatten und Kontroversen

Das Naheliegende

Nur rund 300 Meter südlich des Landesamts für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) ragt ein wuchtiger Bau mit spiegelnder Fassade in die Höhe: Der ehemalige Sitz des Bundesinnenministeriums (BMI). Das Gebäude steht leer.

Nicht nur Christian Ströbele hat darauf hingewiesen, dass in dem Bau Flüchtlinge untergebracht werden könnten. Bis Ende 2016 läuft der Mietvertrag für den leeren Koloss zwischen dem BMI und dem Eigentümer. Das Ministerium verhandelt zwar mit dem Eigentümer über eine vorzeitige Rückgabe, doch (Achtung Rechtsstaat!) Verträge sind hierzulande nun mal einzuhalten, weshalb eine Zwischennutzung entfällt. Auch, weil der Vertrag nur Büronutzung vorsieht. Immerhin hat das BMI sich bereits erkenntlich gezeigt:

Es spendete Mobiliar aus eben diesem Gebäude und überließ ein weiteres zur Nutzung als Flüchtlingsunterkunft. Doch was läge näher, als auch den Riesenbau in LaGeSo-Nähe mit Flüchtlingen und das mutige „Wir schaffen das!“ mit Leben zu füllen? Neben mindestens halb erfrorenen Hilfesuchenden und schlechter Publicity würde man auch einige Fahrtkosten sparen, die immer dann fällig werden, wenn die noch nicht Registrierten täglich vom LaGeSo zur jeweiligen Unterkunft und wieder zurück transportiert werden müssen.

Mal sehen, wer sich zuerst bewegt: Der bekannt eigensinnige Innenminister, der an das „Wir schaffen das!“ nicht so recht glauben mag, oder der nicht so bekannte Eigentümer des Gebäudes, der Münchner Unternehmer Ernst Freiburger, der mit Tiefkühlpipen, ober-

bayerischen Kurkliniken und Berliner Büro- und Luxusimmobilien zu einigem Vermögen gekommen ist. Vermag er auch über seinen eigenen Schatten zu springen? Immerhin soll er auf einer Weltreise Ende der 1990er Jahre 85 Länder besucht haben, wie er vor drei Jahren der Berliner Morgenpost verriet. Vielleicht war er dabei ja auch in Afghanistan. Oder in Syrien. Dann hätte er zumindest einen Zugang zu den Menschen, um die es jetzt geht. Wenn er sich in dieser Frage bewegt, würde ihm das mehr gute Presse einbringen, als er mit seiner gemeinnützigen Ernst-Freiberger-Stiftung je bekam. Man kann aber auch mit Artikel 14 des Grundgesetzes argumentieren: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

Andre Ullmann

Das ist das Letzte

Dass Berlin eine „große Klappe“ hat, ist unbestritten. Ebenso, dass man mit großer Klappe und schwachen Muskeln schnell auf die Nase fällt. Drum hat die Berliner Industrie und Handelskammer (IHK) eine Analyse erstellt. Fazit: Berlin ist Schlusslicht bei den Einkommen. Pro Kopf und Jahr liegen wir fast 3.000 Euro unter dem Bundesdurchschnitt. 80 % der Betriebe bieten nur prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Die Hälfte der Künstler wursteln im Niedriglohnbereich. 90 Prozent der Wissenschaftler haben nur befristete Verträge. Die Hauptstadt weint vergeblich der früheren Großindustrie hinterher. Der Senat stöhnt unter der Urbanisierung. Er hinkt bei der Digitalisierung weit hinter Köln und München her. Das Auffangnetz für gealterte Einwohner hat große Lücken. Die Abwanderung der Filmleute, Musikmacher und Medien-Zubringer ist bedenklich. Es fehlt eine Strategie, die Berlin nach vorne bringt. Das deckt sich weithin mit dem Lagebericht der LINKEN. Was der IHK und dem Senat gern nicht sein könnte. Aber die IHK setzt eine Offensive für die nächsten 15 Jahre dagegen. Die SPD wird leise erröten. Und die CDU wird weiter auf die LINKE eindreschen. Dabei könnte die SPD zusammen mit der rot-grünen Opposition für einen nachhaltigen Wandel sorgen. Von „arm aber sexy“ zu „mehr Kraft durch Grips und Gerechtigkeit“. Dann fände die „große Klappe“ auch mehr Gehör im Bund. Die Studie der IHK hat einen anderen Hoffnungsstrahl entdeckt: Die nahe Pensionierungswelle im öffentlichen Dienst! Wenn die Grauköpfe abrücken, wird Platz für die Digital-Yuppies. Sofern die endlich ein anderes Schulsystem mit anderen Lehrplänen und Ausstattungen erhalten. Die LINKE mahnt erneut die soziale Chancengleichheit beim Aufstieg an. Auch die Flüchtlinge können helfen, dass die Erbfolger der heutigen Amtsträger nicht unter sich bleiben. Sonst könnte die Stadt im stolzen Skelett ihrer Protzbauten noch popeliger in die Zukunft stolpern.

Arthur Paul

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte

der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle:

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337

E-Mail-Adresse:

info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet:

www.dielinke-berlin-mitte.de

Satz + Druck:

R. Serinek/Druckerei Bunter Hund, Berlin

Redaktionsschluss:

28.11.2015

Ausgabetermin für Nr. 01/2016 - 07.01.2016

Über die Einsamkeit in Flüchtlingsheimen

Veranstaltung über die psychologische Betreuung von Flüchtlingen in Berlin

Folter und Kriegsgewalt hinterlassen körperliche Schäden. Natürlich. Aber welche Auswirkungen hat es auf die Seele? Hinzukommen die teilweise traumatischen Erlebnisse während der Flucht und vielleicht auch die Einsamkeit hier in einem fremden Land.

Die psychologische Betreuung von Flüchtlingen ist ein wichtiges Thema, welches bisher jedoch nur wenig mediales Interesse hervorgerufen hat. Die Basisorganisation „Peaceful Streetfighters“ und insbesondere Ulas Tekin haben am 16. November eine zweite Informationsveranstaltung zu diesem Thema organisiert und das Interesse war wieder riesig. Auf der Facebook-Seite hatten über 800 Menschen ihr Interesse bekundet. Bei der ersten Veranstaltung im Karl-Liebnecht-Haus mussten aufgrund von Platzproblemen einige Interessierte wieder nach Hause geschickt werden. Freundlicherweise hat das ATZE Musiktheater daraufhin den großen Saal zur Verfügung gestellt.

Schon als ich das ATZE eine halbe Stunde vor Beginn betrat, wurde mir klar, dass ich als Frau um die 30 eindeutig zur Hauptzielgruppe gehörte. Der Saal war voll mit jungen Frauen. In einem etwa einstündigen Vortrag lieferte Dr. Maria Böttche die Leiterin der Forschungsabteilung im Behandlungszentrum für Folteropfer in der Turmstraße, die nötigen Hintergründe über die psychologischen Behandlungsmöglichkeiten von Flüchtlingen hier in Berlin. Sie gab einen interessanten Einblick und referierte über die allgemeine Versorgungsstruktur von Flüchtlingen. Ich habe gelernt, dass der restriktive Zugang für Geflüchtete zum Gesundheitssystem mit Mehrkosten verbunden ist, wie eine Studie



Aufsehenerregend: Dr. Maria Böttche

belegte. Und dass etwa 30-40 Prozent der Geflüchteten an Traumafolgestörungen, wie einer Posttraumatischen Belastungsstörung oder einer Depression leiden. Die belastenden Asylprozesse, der eingeschränkte Zugang zu Arbeit, die Langeweile und Einsamkeit bei der Heimunterbringung können dabei zum Auslöser werden. Die Versorgungsmöglichkeiten in den bestehenden Psychosozialen Zentren sind zu gering. Nur etwa 325 Menschen können pro Monat aufgenommen werden, etwa 1300 werden jeden Monat abgelehnt (Stand 2014) und die Nachfrage steigt.

Die vielen Fragen am Ende des Vortrags, wie man diese Situation konkret verbessern könnte, sind ein gutes Zeichen. Menschen, die viel Zeit und Kraft investieren, damit es anderen Menschen besser geht ... da zeigt sich das große Herz von Berlin.

Jana Mattuschka

Wir gratulieren im Dezember zum Geburtstag!

- Zum 95. Eveline Lüders
- zum 94. Margarete Marggraf
- zum 90. Werner Hötling, Hans-Ullrich Wolff
- zum 87. Ingeburg Ciesielski, Wilhelm Schmidt
- zum 86. Peter Thielmann
- zum 85. Jürgen Gruner, Gerhard Rohde
- zum 84. Günter Grade, Waldin Reinsch, Ernst Ritschel
- zum 83. Christoph Kleinschmidt, Horst Rentz
- zum 82. Helga Lange, Hans Georg Ruthenberg
- zum 81. Edgar Gladitz, Fred Levyn
- zum 80. Sepp Müller
- zum 75. Arno Lange, Friedemann Spangenberg
- zum 70. Helena Kara

Gespräch mit Nachbarn:

„SELBSTBEHAUPTUNG. Leben in drei Gesellschaften“

Lesung und Gespräch mit
Dr. Bruno Flierl zu
seinem Buch: „SELBSTBEHAUPTUNG.
Leben in drei Gesellschaften“

7. Dezember 2015, 16 Uhr

**Kreativhaus, Fischerinsel 3 -
10179 Berlin**

Moderation: Carola Bluhm, MdA